

Deutschland-Kleinblittersdorf: Dienstleistungen von Architekturbüros
OJ S 24/2024 02/02/2024
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Kleinblittersdorf
Postanschrift: Gemeinde Kleinblittersdorf - Rathausstraße 16-18
Ort: Kleinblittersdorf
NUTS-Code: DEC01 Regionalverband Saarbrücken
Postleitzahl: 66271
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Rainer Bastian - tribast Projektmanagement GmbH
E-Mail: rainer.bastian@tribast.de
Telefon: +49 6841 /97849-0
Fax: +49 6841 /97849-49
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.tribast.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: www.subreport.de/E95364183
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: www.subreport.de/E95364183

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Architektenleistungen nach HOAI §33 ff und Freianlagen nach § 38 HOAI

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Gemeinde Kleinblittersdorf beabsichtigt den Neubau eines Feuerwehrhauses am Standort Wintringer Straße, Kleinblittersdorf mit einer Nettoraumfläche von rd. 720 m².

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEC01 Regionalverband Saarbrücken

Hauptort der Ausführung: Standort: Wintringer Straße, Kleinblittersdorf.

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die zu vergebenden Leistungen sind Architektenleistungen nach HOAI § 33 ff und Freianlagen nach HOAI § 38. Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Folgende Stufen sind geplant: Stufe 1 (LPH 1-4), Stufe 2 (LPH 5-7) und Stufe 3 (LPH 8-9). Die voraussichtlichen Baukosten KG 300-500 werden auf folgende Summen geschätzt (alle Angaben netto):

KG 300: ca. 1,2 Mio €

KG 400: ca. 0,5 Mio €

KG 500: ca. 0,5 Mio €

Stand: Juni 2023

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 36

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

stufenweise Beauftragung

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

III.1.2) a) Gemittelter Umsatz der letzten 3 Jahre: 30% III.1.3) a) Referenzliste: 50% III.1.3) b)

Anzahl Mitarbeiter für entsprechende Dienstleistungen: 20% Die Unterkriterien zur

Wertungsmatrix ist auf der Vergabeplattform eingestellt und kann dort heruntergeladen werden. Siehe hierzu I.3)

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13.

Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

In der 2. Stufe des Verfahrens wird eine Vorplanungsleistung in Form einer Projektstudie bewertet. Die Erbringung dieser Leistung wird mit 1.000.- € vergütet.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Es werden Nachweise gefordert über die grundsätzliche Eignung (Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und Fachkunde) des Bewerbers:

- Berechtigung zur Erbringung der Leistung gem. § 43 Abs. 1 VgV
- Unterauftragnehmer § 36 Abs. 1 VgV und Bewerber- / Bietergemeinschaften § 43 Abs. 2 VgV
- Angabe der Rechtsform gem. § 43 Abs. 1 VgV
- Angabe der Berufsqualifikation gem. § 75 Abs. 1 oder 2 VgV
- Eigenerklärung, dass keine zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 GWB und keine fakultativen Gründe nach § 124 GWB vorliegen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

a) Gemittelter Gesamtumsatz der letzten 3 Jahre in Millionen Euro (2020-2022); die höchste Punktezahl wird ab einem gemittelten Umsatz von netto 0,4 Mio. € pro Jahr erreicht.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- a) Geeignete Referenzen gemäß § 46 Abs. 3 Nummer 1 VgV aus den letzten höchstens 3 Jahren, wobei nicht der Abschluss des Projektes im Referenzzeitraum erforderlich ist. Mindestanforderung für das beauftragte Leitungsbild sind die Leistungsphasen 3-8 nach HOAI. Für die Wertbarkeit der Referenzen müssen mindestens die LPH 3-5 abgeschlossen sein. Stichtag ist der Tag der Absendung der Bekanntmachung. Die Vergabestelle weist ausdrücklich gemäß § 46 Abs. 3 Nummer 1 2. Halbsatz VgV darauf hin, dass sie – soweit erforderlich, um einen ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen – auch einschlägige Referenzen berücksichtigen wird, die mehr als 3 Jahre zurückliegen. Die höchste Bewertung wird erzielt, wenn 4 Referenzen angegeben werden mit einem Bauvolumen KG 300/400 größer netto 1,5 Mio. €, von denen mindestens 2 aus dem Gebiet Neubau von öffentlichen Gebäuden mit vergleichbaren Anforderungen sind.
- b) Anzahl der Mitarbeiter für entsprechende Dienstleistungen in den letzten drei Jahren mit Angabe der Führungskräfte. Als Führungskräfte gelten Geschäftsführer, Prokuristen und Architekten/Ingenieure mit mindestens 10 Jahren Berufserfahrung als Projektleiter. Die höchste Bewertung wird erzielt, wenn in jedem Geschäftsjahr mindestens 2 Führungskräfte und mindestens 4 technische Mitarbeiter (insgesamt mindestens 6 Personen) beschäftigt wurden.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Nachweis einer objektbezogenen Haftpflichtversicherung - Deckungssumme pro Schadensfall
Personenschaden: 1.500.000,00 € Sachschaden: 1.000.000,00 €, einschließlich einer
Nachhaftung von 5 Jahren

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die
Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der
ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 01/03/2024 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 15/03/2024

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 01/07/2024

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Der vorgegebene Bewerbungsbogen ist zu verwenden. Dieser ist auf der Vergabepattform
eingestellt und kann dort heruntergeladen werden. Siehe hierzu I.3). Die in die engere Wahl
kommenden Bewerber werden zu einer Präsentation am 22.04.2024 zwischen 09:00h und 17:
00h separat eingeladen. Hier haben sich der Projektleiter und der Bauleiter vorzustellen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Saarlandes

Postanschrift: Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft Franz-Josef-Röder-Straße 17

Ort: Saarbrücken
Postleitzahl: 66119
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammern@wirtschaft.saarland.de
Telefon: +49 681501-4994
Fax: +49 681501-3506
Internet-Adresse: www.wirtschaft.saarland.de

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
siehe VI.4.1) Auf folgende Rechtsvorschrift nach GWB wird hingewiesen: § 160 Einleitung,
Antrag.

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession

hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des

Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis

zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis

zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu

wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: siehe VI.4.1

Ort: Saarbrücken

Land: Deutschland

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

29/01/2024